

VI. DIE GENESE DER GEWERKSCHAFTLICHEN OPPOSITION

Die nationale Emotionalisierung der Gewerkschaften ist kein plötzlich, mit der Wahl des pro-deutschen Gewerkschaftlers Paul Kutsch zum Chef des Industrieverbandes Bergbau (I.V. Bergbau) und Präsidenten der Einheitsgewerkschaft 1952 einsetzender, sondern ein dynamischer, sich in Schüben entwickelnder Prozeß, der im Kontext der politischen Entwicklung des Saarlandes gesehen werden muß. Im Rahmen dieser Entwicklung wuchsen die Gewerkschaften in eine Oppositionsrolle hinein. Sie wurden zum Exponenten einer pro-deutschen Richtung, die auf die Rückgliederung des Saarlandes zur Bundesrepublik hinarbeitete. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Illegalisierung der Oppositionsparteien.

Wie gezeigt wurde, gelang es den Kommunisten beim gewerkschaftlichen Wiederaufbau sich über die Kassierertätigkeit, die Betriebsparteigruppen und Betriebsräte eine organisatorische Infrastruktur für eine politische Agitation zu schaffen. Dies bedeutete angesichts der Ablehnung einer von Deutschland separierten Saar durch die KP vor allem eine nationale Agitation. Zum anderen repräsentierten alte christliche Gewerkschaftler, die 1935 für den Anschluß an Hitler-Deutschland votiert hatten und unmittelbar nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur in den Jahren bis 1947 im Hintergrund standen, ein zunächst eher latent nationales Potential, das sich in seiner kritischen Einstellung gegenüber Hoffmann durch die politische Entwicklung bestätigt sah und in Karl Hillenbrand, dem Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, einen Exponenten fand.

Träger der nationalen Emotionalisierung wurden neben der KP pro-deutsch und christlich eingestellte Gruppen aus dem sozialdemokratischen und christlichen Lager, die sich in der Einheitsgewerkschaft und hier im mitgliederstärksten Industrieverband, dem I.V. Bergbau, um Aloys Schmitt und Paul Kutsch und in der christlichen Gewerkschaft um Karl Hillenbrand scharten. Sie forcierten eine nationale Agitation, an deren Endstadium die gewerkschaftliche Oppositionsrolle des I.V. Bergbau stand. Unverständlich erscheint in diesem Zusammenhang die Beurteilung Frank Dingels, wonach die Politik des I.V. Bergbau der SPS verpflichtet gewesen sei.¹

Die Genese der gewerkschaftlichen Opposition erklärt sich zum einen aus einer unterbliebenen gesellschaftlichen Integration der Gewerkschaften und zum anderen aus einem Zusammenwirken soziostruktureller Divergenzen, die von innen und außen zur Lösung der Saarfrage im Sinne einer Rückgliederung an die Bundesrepublik instrumentalisiert wurden. Die Kontroverse über die Verpachtung der Gruben sowie die

¹ Frank D i n g e l, Die Kommunistische Partei Saar, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen 1984, S. 1866.